

**Niederschrift der 2. Sitzung des Kreisausschusses (6. Wahlperiode) am
26.11.2019 - öffentlicher Teil**

Datum: 26.11.2019

Zeit: 17:00 Uhr –19:02 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

Landrätin

Frau Karina Dörk Landrätin ab 17:13 Uhr

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt CDU

Herr Thomas Neumann CDU

SPD-Fraktion

Herr Frank Bretsch SPD

Herr Dr. Wolfgang Seyfried SPD Vorsitzender

AfD-Fraktion

Herr Christian Bork AfD-Fraktion Vertretung für Herrn Hannes Gnauck

Herr Monty Gutzmann AfD-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Poppe DIE LINKE

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Birgit Bader Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch BLR

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg 1. Beigeordneter

Herr Henryk Wichmann 2. Beigeordneter

Herr Karsten Stornowski 3. Beigeordneter

Herr Jörg Brämer Büroleiter Landrätin

Herr Frank Czeslick	Hauptsachbearbeiter Beteiligungsmanagement
Herr Heiko Kragl	Vorsitzender Personalrat
Frau Vera Leu	Amtsleiterin Personalamt
Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rechnungs- prüfungsamt

Schriftführer

Herr Björn Franke	Büro des Kreistages
-------------------	---------------------

Gäste

Herr Lars Boehme	Geschäftsführer Uckermärkische Ver- kehrsgesellschaft mbH (UVG)
Herr Thomas Hacker	Geschäftsführer Uckermärkische Dienstleistungsgesell- schaft mbH (UDG)
Herr Andreas Linde	Geschäftsführer Uckermärkische Ret- tungsdienstgesell- schaft mbH (URG)
Herr Silvio Moritz	Geschäftsführer Inves- tor Center Uckermark GmbH (ICU)
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	
Frau Brigitte Eikemper-Gerlach	
Herr David Schlimp	

Abwesende Ausschussmitglieder:**AfD-Fraktion**

Herr Hannes Gnauck	AfD-Fraktion	entschuldigt
--------------------	--------------	--------------

Fraktion DIE LINKE

Herr Axel Krumrey	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

Fraktion BVB/Freie Wähler

Frau Christine Wernicke	BVB/Freie Wähler	entschuldigt
-------------------------	------------------	--------------

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	entschuldigt
------------------	-----	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Seyfried begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Er stellt fest, dass zehn Mitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Dr. Seyfried teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Dr. Seyfried informiert, dass neue Versionen der Vorlagen BV/189/2019/1 und BV/218/2019 vorliegen. Darüber hinaus sind zwischenzeitlich noch zwei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zur BV/218/2019/1 eingegangen.

Herr Dr. Seyfried teilt weiterhin mit, dass ein Antrag zur Tagesordnung vorliegt. Es handelt sich um den Antrag AN/234/2019 (Ausstattung der Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern). Er bittet einen Vertreter der einreichenden Fraktion um Erläuterung der Dringlichkeit.

zu TOP 2.1.1: Ausstattung der Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern

Herr Neumann bittet um Nachsicht für die Nichteinhaltung der Einreichfrist bei diesem Antrag. Er teilt mit, dass die Thematik der Wasserspender jedoch große Relevanz in den Schulen hat und er es befürwortet, wenn der Kreistag am 04.12.2019 über den Antrag abstimmt. Eine Verschiebung der Thematik auf die Sitzungsfolge im Frühjahr 2020 sollte nicht vorgenommen werden.

Der Kreisausschuss stimmt der Aufnahme des Antrages AN/234/2019 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Der Antrag wird unter dem TOP 6.3 behandelt.

Der Kreisausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung (öffentlicher Teil) zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung

- 2.1.1 Ausstattung der Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern
3. Informationen
4. Einwohnerfragestunde
5. Anfragen
 - 5.1 Übertragung der Sitzungen des Kreistages
AF/182/2019
Herr Hannes Gnauck
 - 5.2 Blackout - steigende Netz-Notsicherungen
AF/210/2019
Herr Rainer Ebeling
 - 5.3 Der deutsche Landkreistag hat sich für ein sofortiges Exportverbot für Plastikmüll ausgesprochen.
AF/211/2019
Herr Rainer Ebeling
6. Anträge
 - 6.1 Antrag Moratorium
AN/169/2019
Fraktion BVB/Freie Wähler
 - 6.2 Überarbeitung der Einwohnerbeteiligungssatzung
AN/232/2019
Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion
 - 6.3 Ausstattung der Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern
AN/234/2019
CDU-Fraktion
7. Schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Dienstleistungsgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/194/2019
8. Schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Rettungsdienstgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/195/2019
9. Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/192/2019
10. Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/193/2019
11. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2018
BR/191/2019
12. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2018
BV/196/2019
13. Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Uckermark (Abfallentsorgungssatzung - AbfS)
BV/198/2019
14. Satzung über die Abfallgebühren des Landkreises Uckermark (Abfallgebührensatzung - AbfGS)
BV/199/2019

15. 1. Kommunalen Bildungsbericht des Landkreises Uckermark 2019
BR/222/2019
16. Änderungen zu den Stellenplänen 2019/2020
BV/178/2019/1
17. Bestellung von Frau Ricarda Schulz und Frau Nancy Grünberg zu Prüferinnen
im Rechnungsprüfungsamt
BV/183/2019
18. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im III. Quartal
2019
BR/184/2019
19. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenver-
ordnung zum Haushaltsjahr 2019
BR/118/2019
20. Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2016
BV/177/2019
21. Bericht zur Querschnittsprüfung der unteren Straßenverkehrsbehörden in den
Landkreisen des Landes Brandenburg
BR/216/2019
22. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen
der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Land-
kreises Uckermark
BV/179/2019
23. Vorschlag zur Errichtung einer Rettungswache in Carmzow
BV/233/2019
24. 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von
Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (11. Ände-
rungssatzung - Gebührensatzung Rettungsdienst)
BV/185/2019
25. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf
bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kur-, Ausflugs- und Erholung-
sorten (Ordnungsbehördliche Verordnung zum Ladenöffnungsgesetz)
BV/186/2019
26. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtun-
gen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und
weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen im Landkreis Uckermark
BV/187/2019
27. Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Uckermark
BV/189/2019/2
28. „Richtlinie zur außerschulischen Lernförderung von Schülerinnen und Schülern
mit Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen“
BV/203/2019
29. Ergänzende Unterstützungsleistung für Kitas zum Erhalt des Angebotes und
zur Sicherung des Kita-Betriebes
BV/220/2019
30. Bericht zur Querschnittsprüfung der Kataster- und Vermessungsämter in den
Landkreisen des Landes Brandenburg
BR/219/2019

31. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS)
BV/201/2019
32. Weiterreichende Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark ab dem Jahr 2020
BV/218/2019/1
 Änderungsantrag zur Drucksache BV/218/2019/1
 ÄA/0049/2019
 Fraktion DIE LINKE
 2. Änderungsantrag zur Drucksache BV/218/2019/1
 ÄA/0050/2019
 Fraktion DIE LINKE
33. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (1. Änderungssatzung Entschädigungssatzung)
BV/133/2019
34. Neufassung der Hauptsatzung des Landkreises Uckermark
BV/017/2019
35. Neufassung der Satzung zur Beteiligung der Einwohner des Landkreises Uckermark (Einwohnerbeteiligungssatzung)
BV/018/2019

zu TOP 3: Informationen

Herr Dr. Seyfried teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Seyfried stellt fest, dass eine Einwohnerfrage vorliegt.

Herr David Schlimp hat aus privaten Gründen Fragen zum Teilhabechancengesetz.

Herr Wichmann bietet Herrn Schlimp an, seine Fragen im persönlichen Gespräch zu klären.

Herr Schlimp ist damit einverstanden.

zu TOP 5: Anfragen

Herr Dr. Seyfried teilt mit, dass drei Anfragen vorliegen.

zu TOP 5.1: Übertragung der Sitzungen des Kreistages

Vorlage: AF/182/2019

Gnauck, Hannes

Herr Dr. Seyfried informiert, dass die Anfrage von Herrn Gnauck gemäß § 14 Abs. 4 Satz 6 der Geschäftsordnung nicht weiter behandelt werden darf, da Herr Gnauck nicht anwesend ist.

zu TOP 5.2: Blackout - steigende Netz-Notsicherungen

Vorlage: AF/210/2019

Ebeling, Rainer

Herr Dr. Seyfried informiert, dass die Anfrage von Herrn Ebeling gemäß § 14 Abs. 4 Satz 6 der Geschäftsordnung nicht weiter behandelt werden kann, da Herr Ebeling nicht anwesend ist.

zu TOP 5.3: Der deutsche Landkreistag hat sich für ein sofortiges Exportverbot für Plastikmüll ausgesprochen.

Vorlage: AF/211/2019

Ebeling, Rainer

Herr Dr. Seyfried informiert, dass die Anfrage von Herrn Ebeling gemäß § 14 Abs. 4 Satz 6 der Geschäftsordnung nicht weiter behandelt werden kann, da Herr Ebeling nicht anwesend ist.

zu TOP 6: Anträge

Herr Dr. Seyfried informiert, dass drei Anträge vorliegen.

zu TOP 6.1: Antrag Moratorium

Vorlage: AN/169/2019

Fraktion BVB/Freie Wähler

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Landrätin des Landkreises Uckermark wird beauftragt, bei der nach dem 1. September 2019 neu gebildeten Landesregierung einen sofortigen landesweiten Stopp für den weiteren Ausbau der Windkraft in Brandenburg einzufordern. Der Ausbaustopp sollte solange gelten, bis folgende Kriterien erfüllt wurden:

- Ein Ausbaustopp für Windkraft im Wald*
- Die Abstände zur Wohnbebauung müssen mindestens das 10-fache der Gesamthöhe betragen, so wie es in Bayern, Polen und Finnland bereits umgesetzt wurde*
- die Umzingelung von Dörfern durch Windkraftanlagen ist gesetzlich zu untersagen*
- eine Bilanzierung von Aufwand und Nutzen des weiteren Windkraftausbaus ist vorzunehmen, die alle weiteren Kosten, inklusive der Folgekosten (wie z.B. Erhöhung der Netzreserven, gegebenenfalls notwendiger Netzausbau) mit einbezieht*
- eine epidemiologische Langzeitstudie zu den gesundheitlichen Folgen der Windkraft wurde durchgeführt*

Darüber hinaus darf es keine Verschlechterung der Situation geben:

- Landschafts- und Naturschutzgebiete müssen für Windkraft tabu bleiben*
- die Tierökologischen Abstandskriterien bleiben erhalten oder werden ausgeweitet.“*

Abstimmungsergebnis: Nein: einstimmig

zu TOP 6.2: Überarbeitung der Einwohnerbeteiligungssatzung
Vorlage: AN/232/2019
Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion

Herr Poppe erläutert, dass durch den Antrag die Voraussetzungen einer zusätzlichen Einwohnerbeteiligung, wie sie im Antrag dargestellt ist, zunächst geprüft werden sollen. Notwendig seien besonders Übersichten über die Kosten und die rechtlichen Voraussetzungen.

Herr Rensch schlägt vor, vorerst alle Abgeordneten hinsichtlich der Überarbeitung der Einwohnerbeteiligungssatzung zu befragen. Sollten nicht alle Abgeordneten der Überarbeitung zustimmen, wäre die Prüfung der Voraussetzungen nicht mehr erforderlich.

Herr Poppe weist darauf hin, dass auch die rechtlichen Voraussetzungen überprüft werden sollen. Darunter fällt auch die bis jetzt erforderliche Zustimmung der anwesenden Abgeordneten zur Übertragung von Sitzungen des Kreistages, wie sie in der Geschäftsordnung aufgeführt ist.

Herr Neumann teilt mit, dass der Antrag sehr allgemein formuliert ist und es nicht ersichtlich ist, dass der Antrag darauf zielt zu überprüfen, ob der Kreistag eine Übertragung der Sitzungen möchte oder nicht. Im Antrag ist diese Thematik gar nicht aufgeführt. Augenscheinlich zielt der Antrag mehr auf eine Ideensammlung ab, welche weiteren Formen der Einwohnerbeteiligung es gibt und welche davon genutzt werden können.

(Die Landrätin kommt um 17:13 Uhr.)

Herr Bretsch teilt mit, dass Diskussionsbedarf besteht, ob ein Beauftragter für die Überarbeitung der Einwohnerbeteiligungssatzung eingesetzt werden soll. Des Weiteren soll überprüft werden, wie man die Einwohner verstärkt mit in die Arbeit des Kreistages einbeziehen kann.

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Der Kreistag Uckermark beauftragt die Landrätin mit der Überarbeitung der Einwohnerbeteiligungssatzung des Landkreises. Dazu kann eine Arbeitsgruppe aus der Mitte des Kreistages unter ihrer Leitung gebildet werden.

2. Bei der Überarbeitung werden insbesondere Möglichkeiten online-basierter Einbindung der Bevölkerung in den Fokus genommen.

3. Neben den technischen Notwendigkeiten werden auch die rechtlichen und finanziellen Auswirkungen einer Überarbeitung betrachtet und dargestellt.

4. Die Landrätin stellt die Änderungsvorschläge sowie die dazu notwendigen Schritte im 1. Quartal 2020 vor.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 6.3: Ausstattung der Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern
Vorlage: AN/234/2019
CDU-Fraktion

Die Landrätin teilt mit, dass der Landkreis Uckermark insgesamt 20 Schulen mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern ausrüsten müsste, sofern dem Antrag zugestimmt werden würde. Das Talsand Gymnasium in Schwedt und das Scherpf Gymnasium in Prenzlau haben bereits einen trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspender. Insgesamt würden Mietkosten anfallen in Höhe von 177.000 € Brutto für die Laufzeit von 7 Jahren. Beim Kauf der trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspender würden Kosten in Höhe von 164.000 € Brutto für die Laufzeit von 7 Jahren anfallen.

Herr Bretsch lobt den Antrag und stellt die Frage wie die Ausstattung der Schulen finanziert werden und die Umsetzung erfolgen soll zwecks des ökologischen Aspekts.

Herr Banditt sieht den Aspekt der Umsetzung als nicht problematisch. Hinsichtlich des ökologischen Aspekts gibt es sicherlich Lösungsmöglichkeiten. Er spricht sich für den Kauf der trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspender aus.

Herr Neumann weist nochmal darauf hin, dass die Umsetzung des Vorhabens gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet werden kann.

Herr Rensch empfiehlt, die trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspender zu mieten, um bei Defekten schnell einen Ersatz oder eine Reparatur organisieren zu können.

Frau Bader schlägt ein Waschbecken mit einem Wasserhahn auf den Fluren der Schulen vor. Dementsprechend wäre der ökologische Aspekt unproblematisch. Die Landrätin befürwortet den Antrag und informiert, dass die Deckung der anfallenden Kosten zum jetzigen Zeitpunkt kein Problem darstellt.

Herr Stornowski merkt an, dass die trinkwassergebundenen Wasserspender ohne Plastikbecher angeboten werden und die Schüler nur die Trinkflaschen befüllen sollten.

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Schulen in Trägerschaft des Landeskreises Uckermark werden mit trinkwasserleitungsgebundenen Wasserspendern ausgestattet.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7: Schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Dienstleistungsgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe

Vorlage: BR/194/2019

Der Kreisausschuss nimmt die schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Dienstleistungsgesellschaft mbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

zu TOP 8: Schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Rettungsdienstgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe

Vorlage: BR/195/2019

Herr Banditt lobt den bevorstehenden Bau einer weiteren Rettungswache in der Umgebung von Carmzow.

Herr Linde teilt mit, dass der Bau einer Rettungswache in Carmzow mit Blick auf die Einhaltung der Hilfsfristen erforderlich ist.

Herr Poppe fragt nach den Gründen für die steigenden Einsatzzahlen.

Herr Linde vermutet, dass die Einsätze durch die Wetterlage, aber ebenso die Verlegungsfahrten von Krankenhäusern Ursache der hohen Einsatzzahlen sind.

Herr Brandenburg informiert, dass die Einsatzzahlen der Notärzte gestiegen sind, jedoch nicht aufgrund steigender Fallzahlen, sondern aufgrund der verschärften Rahmenbedingungen, ab wann ein Notarzt den Einsatz unterstützen muss.

Die Landrätin Frau Dörk informiert, dass das Bundesministerium für Gesundheit zu diesem Schwerpunkt einen Gesetzentwurf verfasst hat, der eine engere Verzahnung der Leitstelle mit dem Bereitschaftsdienst der kassenärztlichen Vereinigungen vorsieht. Die Kommunen haben ihre Bedenken geäußert und man versucht eine Lösung zu finden, die den Rettungsdienst nicht schwächt und auch nicht finanziell belastet.

Herr Poppe fragt, ob es schon eine Ursachenanalyse gibt, wie gravierend die Überschreitung der Hilfsfristen ist und ob es schon einen Lösungsvorschlag gibt.

Herr Linde teilt mit, dass in der Uckermark sehr lange Anfahrtswege zurückzulegen sind. Des Weiteren spielen Duplizitäten eine Rolle. Dies bedeutet, dass ein Rettungswagen zu einem Einsatz ausfährt und kurz nach dessen Abfahrt bereits ein neuer Notruf eingeht. Hier muss dann ein Fahrzeug aus einem anderen Bereich den Einsatz übernehmen, was mit einem sehr langen Anfahrtsweg verbunden ist und dies nicht selten eine Hilfsfristüberschreitung mit sich bringt. Des Weiteren stellt auch der Personalmangel ein Problem dar.

Der Kreisausschuss nimmt die schriftliche Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Rettungsdienstgesellschaft mbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

**zu TOP 9: Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
Vorlage: BR/192/2019**

Herr Moritz berichtet über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe der ICU Investor Center Uckermark GmbH anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Herr Banditt merkt an, dass es in den Ortschaften der Uckermark viele polnische Mitbürger gibt und fragt, ob die Wirtschaftsregionen in der Uckermark und darüber hinaus als Campus Stettin bezeichnet werden.

Herr Moritz teilt mit, dass die angesprochenen Regionen als Metropolregion Stettin bezeichnet werden.

Herr Banditt regt an, vermehrt die erneuerbaren Energien zu nutzen und das Handeln der ICU Investor Center Uckermark GmbH in diese Richtung stark auszurichten. Herr Banditt möchte weiterhin wissen, warum nur 3 von 59 Unternehmen, die sich an die ICU Investor Center Uckermark GmbH in Fragen der Existenzgründung, Fördermittelberatung etc. gewendet haben, erfolgreich waren.

Herr Moritz informiert, dass den Anforderungen vieler Investoren nicht gerecht werden konnte, durch zum einen zu hohe Strompreise und zum anderen durch fehlende Zurverfügungstellung von Fach- und Arbeitskräften sowie durch die unzureichende Infrastruktur.

Die Landrätin informiert, dass am Freitag, den 29.11.2019, in Berlin-Adlershof im Technologiepark ein Termin bevorsteht, um Ideen für Verbesserungen im Landkreis Uckermark zu sammeln. Es soll eine Vereinbarung getroffen werden, dass Unternehmen bei Platzmangel an Herrn Moritz als Ansprechpartner herantreten, um den Landkreis Uckermark als neuen Standort für sich zu wählen.

Frau Bader fragt, ob ein Teil des Aufgabenbereiches von ICU ist, auch die Handwerksbetriebe zu unterstützen. Des Weiteren möchte sie wissen, ob Schulen Ermäßigungen für Busfahrten erwerben können, wenn sie Museen besuchen.

Herr Moritz teilt mit, dass die ICU mit der Handwerkerschaft in enger Verbindung steht. Der regionale Stellenmarkt ist für Handwerksbetriebe eine gute Plattform, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Zudem ist die Standortvermarktung auch auf die Handwerkerschaft ausgerichtet. Bezüglich der zweiten Frage erläutert Herr Moritz, dass nicht nur Museen besucht werden können, sondern auch Betriebe. Die Projekte, an denen die Investor Center Uckermark GmbH beteiligt ist, sehen vor, dass für Exkursionen eine pädagogische Konzeption erarbeitet werden muss, sodass den Kindern Lerninhalte vermittelt werden und diese Aufgaben, möglicherweise sogar zu benotende Aufgaben, erledigen müssen. Ein einfacher Wandertag fällt nicht in diese Kategorie.

Herr Poppe fragt, ob es schon Gespräche mit den Kommunen über die Bereitstellung neuer Gewerbeflächen gibt, welche auch den Anforderungen neuer Investoren entsprechen.

Herr Moritz informiert, dass die ICU mit den Kommunen diesbezüglich in Kontakt steht. Problematisch ist jedoch die finanzielle Lage vieler Kommunen, die einen Ausbau von Gewerbeflächen oftmals nicht zulässt. Mit dem Land Brandenburg soll gemeinsam nach einer Lösung gesucht werden.

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der ICU Investor Center Uckermark GmbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

zu TOP 10: Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe

Vorlage: BR/193/2019

Herr Boehme berichtet über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH anhand einer Power Point Präsentation. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.

zu TOP 11: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2018

Vorlage: BR/191/2019

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2018 zur Kenntnis.

zu TOP 12: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2018

Vorlage: BV/196/2019

(Die Landrätin und Herr Bretsch verlassen den Beratungsraum.)

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (siehe Anlage) für den Jahresabschluss 2018 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(Die Landrätin und Herr Bretsch nehmen wieder an der Sitzung teil.)

**zu TOP 13: Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Uckermark (Abfallentsorgungssatzung - AbfS)
Vorlage: BV/198/2019**

Herr Neumann nimmt Bezug auf die in der Satzung aufgeführten Pflichten der Eigenheimbesitzer und fragt, ob es erforderlich ist, dass jeder Eigenheimbesitzer eine Meldung machen muss, wenn es Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, wie ein Auszug von Mitbewohnern, gibt oder ob dieser Vorgang automatisch abläuft.

Die Landrätin erläutert, dass die Meldeämter dies automatisch an den Landkreis weiterleiten.

Herr Brandenburg informiert, dass das Melden eines Wegzuges eine Pflicht ist, es aber einen Datenabgleich mit u. a. den Daten des Melderegisters gibt und somit alle Meldungen erfasst werden können.

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Uckermark (Abfallentsorgungssatzung – AbfS).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 14: Satzung über die Abfallgebühren des Landkreises Uckermark (Abfallgebührensatzung - AbfGS)
Vorlage: BV/199/2019**

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren des Landkreises Uckermark (Abfallgebührensatzung – AbfGS).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 15: 1. Kommunalen Bildungsbericht des Landkreises Uckermark 2019
Vorlage: BR/222/2019**

Die Landrätin erinnert an die bevorstehende 1. Bildungskonferenz am 27.11.2019.

Die Abgeordneten nehmen die Endfassung des „1. Kommunalen Bildungsberichtes des Landkreises Uckermark 2019“ zur Kenntnis.

**zu TOP 16: Änderungen zu den Stellenplänen 2019/2020
Vorlage: BV/178/2019/1**

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die Neubewertung folgender Stellen:

Lfd. Nr.	Am t	Stellenbezeichnung	Stel- len- an- zahl VZE)	Art	EG alt	EG neu
1	11	Amtsleiterin Personalamt	1,0	Höhergruppierung	A13	A14
2	11	SB Organisationsmanagement	1,0	Herabgruppierung	10	9c
3	12	SB TUIV Koordinator Schulen/ Projekte	1,0	Höhergruppierung	10	11
4	20	SB Bilanzbuchhalter	1,0	Höhergruppierung	9a	9b
5	32	SGL Brand- und Katstrophenschutz/Rettungsdienst	1,0	Höhergruppierung	11	12
6	32	Kreisbrandmeister/Leitender SB FTZ	1,0	Höhergruppierung	9a	10
7	32	SB vorbeugender Brandschutz	2,0	Höhergruppierung	10	11
8	32	SB Aus- und Fortbildung Feuer- wehr/FTZ	1,0	Herabgruppierung	10	9a
9	51	SB Praxisberatung Kita	2,0	Höhergruppierung	9b	S11b
10	52	SB Projektkoordinator eAkte	1,0	Höhergruppierung	9b	10
11	52	SB Selbständige	3,0	Höhergruppierung	9b	9c
12	65	SB Sportstätten/Sozialfond	1,0	Höhergruppierung	8	9a
13	010	SB Kreistag/Wahlen	1,0	Höhergruppierung	9b	9c

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 17: Bestellung von Frau Ricarda Schulz und Frau Nancy Grünberg zu Prüferinnen im Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: BV/183/2019**

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt auf der Grundlage des § 28 Abs.2 Ziff. 7 i. V. m. § 131 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, Frau Ricarda Schulz und Frau Nancy Grünberg zu Prüferinnen im Rechnungsprüfungsamt zu bestellen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 18: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im III. Quartal 2019

Vorlage: BR/184/2019

Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im III. Quartal 2019 werden zur Kenntnis genommen.

zu TOP 19: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2019

Vorlage: BR/118/2019

Der Kreistag nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2019 zur Kenntnis.

zu TOP 20: Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2016

Vorlage: BV/177/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2016.*
- 2. Der Kreistag erteilt dem Landrat des Landkreises Uckermark entsprechend § 82 (4) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Bericht zur Querschnittsprüfung der unteren Straßenverkehrsbehörden in den Landkreisen des Landes Brandenburg

Vorlage: BR/216/2019

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Querschnittsprüfung der unteren Straßenverkehrsbehörden in den Landkreisen des Landes Brandenburg zur Kenntnis.

zu TOP 22: 2. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Uckermark

Vorlage: BV/179/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 23: Vorschlag zur Errichtung einer Rettungswache in Carmzow
Vorlage: BV/233/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt, dass der Standort der Rettungswache in Carmzow als Rettungswachenstandort im Rettungsdienstbereichsplan festgeschrieben wird.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 24: 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (11. Änderungssatzung - Gebührensatzung Rettungsdienst)
Vorlage: BV/185/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (11. Änderungssatzung – Gebührensatzung Rettungsdienst).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 25: Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kur-, Ausflugs- und Erholungsorten (Ordnungsbehördliche Verordnung zum Ladenöffnungsgesetz)
Vorlage: BV/186/2019

Herr Neumann schildert den Fall, wenn sowohl der Landkreis mit der vorliegenden Verordnung als auch eine Kommune mit ihrer Verordnung dieselben Sonn- oder Feiertage für verkaufsoffen erklärt und fragt, ob in diesem Fall die Verordnung der Kommune obsolet ist.

Herr Brandenburg informiert, dass hier unterschiedliche Zuständigkeiten vorliegen. Der Landkreis fasst mit seiner Verordnung vor allem touristische Ziele ins Auge, jedoch kann der geschilderte Fall durchaus eintreten.

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kur-, Ausflugs- und Erholungs-orten (Ordnungsbehördliche Verordnung zum Ladenöffnungsgesetz).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 26: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen im Landkreis Uckermark

Vorlage: BV/187/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen im Landkreis Uckermark (Gebührensatzung für Übergangseinrichtungen).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 27: Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Uckermark

Vorlage: BV/189/2019/2

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 28: „Richtlinie zur außerschulischen Lernförderung von Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen“

Vorlage: BV/203/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die geänderte „Richtlinie zur außerschulischen Lernförderung von Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen“ und setzt gleichzeitig die Fassung der Richtlinie vom 18.09.2019 außer Kraft.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 29: Ergänzende Unterstützungsleistung für Kitas zum Erhalt des Angebotes und zur Sicherung des Kita-Betriebes

Vorlage: BV/220/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Der Kreistag beschließt eine ergänzende Unterstützung als sogenannte Ausfallleistung im Zusammenhang mit der Elternbeitragsbefreiung nach § 17 Abs. 1a KitaG für die Haushaltsjahre 2019/2020.“

2. Der Zuschuss aus dem Kreishaushalt beträgt bis zu 18,04 EUR je Kind und Monat für die Kinder, deren Personensorgeberechtigte nach § 90 Abs. 4 SGB VIII und § 2 KitaBBV vom Elternbeitrag freizustellen sind.

3. Sollte der Ausgleich nach § 5 Abs. 1 KitaBBV landesseitig erhöht werden, verringert sich der Zuschuss des Landkreises der Höhe nach entsprechend.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 30: Bericht zur Querschnittsprüfung der Kataster- und Vermessungsämter in den Landkreisen des Landes Brandenburg
Vorlage: BR/219/2019

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Querschnittsprüfung der Kataster- und Vermessungsämter in den Landkreisen des Landes Brandenburg zur Kenntnis.

zu TOP 31: Zweite Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS)
Vorlage: BV/201/2019

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 32: Weiterreichende Unterstützung der anerkannten Musik- und Kunstschulen im Landkreis Uckermark ab dem Jahr 2020
Vorlage: BV/218/2019/1

Änderungsantrag zur Drucksache BV/218/2019/1
Antrag: AA/0049/2019

Herr Poppe teilt mit, dass der Antrag keine Änderung darstellt, sondern eher eine Beschlusserweiterung. Er merkt an, dass die Honorarordnung angepasst werden muss sowie zwei zusätzliche Vollzeitstellen für die Kreismusikschule zu schaffen sind. Des Weiteren soll die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, indem geregelt ist, wie mit den Honorar- und Vollzeitstellen in Zukunft umgegangen werden soll.

2. Änderungsantrag zur Drucksache BV/218/2019/1
Antrag: AA/0050/2019

Herr Poppe erläutert, dass die Ausreichung der zusätzlichen finanziellen Mittel unter Voraussetzung erfolgen soll, dass das inhaltliche Angebot der Kunst- und Musikschule in Angermünde, welches damit finanziert werden soll, mit dem Landkreis abzustimmen ist.

Die Landrätin teilt mit, dass die Anpassung der Honorarordnung unstrittig ist. Allerdings wurden in der Kreismusikschule vier neue Stellen geschaffen, weshalb gegeben wird, etwas Zeit vergehen zu lassen, um dann ein Resultat ziehen zu können, ob noch ein weiterer Bedarf an Stellen besteht. Der Vorschlag für die Erarbeitung eines Konzepts ist ebenso unstrittig, jedoch wird auch hier noch um etwas mehr Zeit gegeben.

Herr Poppe weist auf die Förderperiode von drei Jahren hin und zeigt sich im Namen der Fraktion DIE LINKE bereit, der Verwaltung für die Erarbeitung des Konzeptes Zeit bis zum Ablauf der Förderperiode zu gewähren.

Herr Stornowski schlägt vor, erst das Konzept zu erarbeiten und dann über die zwei zusätzlichen Vollzeitstellen zu sprechen.

Herr Bretsch bittet zu bedenken, dass die Honorarkräfte ihre Leistungen an mehreren Standorten anbieten und ihre Arbeitszeiten sehr individuell gestalten möchten. Er hält es nicht für wahrscheinlich, dass Musikschulen zukünftig vollständig auf Honorarkräfte verzichten können.

Herr Dr. Seyfried bittet die Mitglieder des Kreisausschusses zunächst über den Änderungsantrag ÄA/0049/2019 abzustimmen:

„Beschlusspunkt 2. der Drucksache BV/218/2019 wird folgendermaßen ergänzt:

Die Honorarordnung der Kreismusikschule Uckermark wird dementsprechend angepasst. Zur Absicherung eines Angebotes für musikalische Früherziehung in allen Grundschulen des Landkreises werden ab dem Schuljahr 2020/21 zwei zusätzliche Vollzeitstellen in den Stellenplan aufgenommen. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan für die Umwandlung von weiteren Honorarstellen in Festanstellungen zu erarbeiten und dem Kreistag vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: Nein: mehrheitlich

Herr Dr. Seyfried bittet die Mitglieder des Kreisausschusses über den Änderungsantrag ÄA/0050/2019 abzustimmen:

„Beschlusspunkt 3. Absatz 2 der Drucksache BV/218/2019 wird wie folgt ersetzt:

Voraussetzung für die Ausreichung der zusätzlichen finanziellen Mittel in Höhe von 31.000 Euro ist die Abstimmung des daraus zu finanzierenden inhaltlichen Angebotes mit der KMS sowie die Erhöhung des Zuschusses der Stadt Angermünde in gleicher Höhe. Über die Verwendung der zusätzlichen Mittel ist jährlich im KBSA des Kreistages durch die Schulleitung der UMKS Bericht zu erstatten.“

Abstimmungsergebnis: Nein: mehrheitlich

Herr Dr. Seyfried bittet die Mitglieder des Kreisausschusses nun über die Beschlussvorlage BV/218/2019/1 abzustimmen:

- „1. *Der Kreistag beschließt, die Unterstützung der Musik- und Kunstschule „J. A. P. Schulz“ der Stadt Schwedt/Oder durch den Landkreis Uckermark ab dem Jahr 2020 von derzeit 60.000 Euro auf 110.500 Euro zu erhöhen.*
2. *Der Kreistag beschließt, der kreiseigenen Musikschule Uckermark eine weiterreichende Unterstützung in Höhe von 40.000 Euro zur Erhöhung der Honorare für die nicht festangestellten Musikschullehrerinnen und -lehrer ab dem Jahr 2020 bereitzustellen.*
3. *Der Kreistag beschließt, die Unterstützung der Musik- und Kunstschule „Friedrich Wilhelm von Redern“ in Angermünde durch den Landkreis Uckermark ab dem Jahr 2020 von derzeit 15.000 Euro auf 46.000 Euro zu erhöhen.
Voraussetzung für die Ausreichung der zusätzlichen finanziellen Mittel in Höhe von 31.000 Euro ist die Erhöhung des Zuschusses der Stadt Angermünde in gleicher Höhe.*
4. *Die Landrätin wird beauftragt, die o. g. Beschlüsse umzusetzen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 33: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (1. Änderungssatzung Entschädigungssatzung)
Vorlage: BV/133/2019**

Die Landrätin teilt mit, dass der Artikel 19 der Entschädigungssatzung noch abgeändert wird. Zudem wird der Ältestenrat die 1. Änderungssatzung noch einmal besprechen.

Herr Dr. Seyfried merkt an, dass in diesem Fall eine Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage nicht sinnvoll ist. Er schlägt vor, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen dem zu.

**zu TOP 34: Neufassung der Hauptsatzung des Landkreises Uckermark
Vorlage: BV/017/2019**

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) gemäß der Anlage 1.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 35: Neufassung der Satzung zur Beteiligung der Einwohner des Landkreises Uckermark (Einwohnerbeteiligungssatzung)
Vorlage: BV/018/2019**

Herr Neumann weist darauf, dass die Einwohnerfragestunde nicht nur darauf abzielt Fragen zu stellen, sondern auch Hinweise zu äußern. Dies sollte in den Sitzungen des Kreistages gegenüber den Einwohnern deutlich gemacht werden.

Herr Banditt merkt an, dass es der Sitzungsleitung nicht gerade erleichtert wird, wenn Einwohner keine konkreten Fragen stellen.

Herr Rensch weist darauf hin, dass die Redezeit auf drei Minuten beschränkt werden kann.

Der Kreisausschuss stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung zur Beteiligung der Einwohner des Landkreises Uckermark (Einwohnerbeteiligungssatzung) gemäß der Anlage 1.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Dr. Wolfgang Seyfried
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer